Redaktion, Verlag und Druck,
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.,
monatlich 12½ Sgr.,
für reußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 514. Abendblatt. Sonnabend, den 2. November. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin,** 1. November. Nach einem Telegramm der „Augsb. Abend-Ztg." soll Graf Bismarck an den Grafen Usedom Instruktionen in der italienischen Angelegenheit erlassen haben. Wie wir hören, ist die Nachricht nicht begründet. — Der dänische Gesandte v. Quaade hat seine früher beabsichtigte Reise nach Kopenhagen nicht angetreten. Heute hat zwischen ihn und den Legations-Rath Bucher wieder eine Konferenz in der nordschleswigschen Angelegenheit stattgefunden. — Die „Berliner Börsen-Zeitung" glaubt über die Aeußerungen des Grafen Bismarck in der Sitzung vom 10. Oktober Betreffs der Hypothekengesetzgebung und über die angeblich an dieselben geknüpften weiteren Folgen nähere Mittheilungen machen zu können. Graf Lippe soll danach seine Entlassung nachgesucht und Graf Bismarck dieselbe befürwortet und in prononcirter Weise motivirt haben. Darauf soll das Unwohlsein des Grafen Bismarck und in Folge davon der Besuch des Königs bei demselben erfolgt sein, dessen Resultat schließlich die Ablehnung des Demissionsgesuchs des Grafen Lippe gewesen sei. Diese Nachrichten der „Börs.-Ztg.", die allerdings hier und da aus guten Quellen schöpft, sind in diesem Falle vollständig unbegründet. Hierbei mag zugleich auf einen interessanten Artikel der „Kreuz-Zeitung" „zur Reform des preuß. Hypothekenwesens" hingewiesen werden, aus dem hervorgeht, daß die Reform des Hypothekenwesens in Preußen seit 40 Jahren, wie aktenmäßig festgestellt, vergebens angestrebt worden ist und daß daher die in Frage stehende Erklärung des Grafen Bismarck um so weniger gegen den Grafen Lippe gerichtet sein kann, als gerade unter seinem Ministerium, im Jahre 1864 nämlich, diese Reform wieder in Angriff genommen worden ist. Es ist zwar nicht ausgemacht, aber doch nicht unmöglich, daß der neu auszuarbeitende Gesetzentwurf über die Reform des Hypothekenwesens schon innerhalb der nächsten Landtagssession zur Vorlage gelangt. — Bemerkenswerth ist, daß auch der würtembergische Minister Varnbüler bei den Kammerdebatten die Garantien-Verträge als einen integrirenden Theil der Friedensverträge anerkannt hat; nicht minder interessant im Munde eines süddeutschen Ministers ist die Erklärung des würtembergischen Justizministers, daß Preußen im vorigen Jahre, wenn auch der formell angreifende, doch materiell der angegriffene Theil gewesen sei.

Die Zeitungen beschäftigen sich bereits mit dem Termine der Landtags-Eröffnung und setzen denselben mit vieler Bestimmtheit auf den 12. November fest. Diese Nachrichten sind vor der Hand noch voreilig, da Bestimmungen in dieser Hinsicht noch nicht getroffen sind. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit ist vorhanden, daß die Eröffnung der Session in die Mitte des Monats, auf die Tage vom 15. bis 18. fallen wird. Die Ministerien sind bereits eifrig mit den Arbeiten für den Landtag beschäftigt. Die Etat-Vorlagen gehen ihrer Vollendung entgegen und werden dem Landtag gleich beim Beginn der Session vorgelegt werden. — Das Ministerium läßt sich die Vervollständigung des preußischen Eisenbahn-Netzes sehr angelegen sein. Theils werden angemessene Gesuche von Privat-Unternehmern bereitwillig gewährt, theils soll, wo sich Mangel an denselben zeigt, auf Staatskosten gebaut werden. Man darf daher als gewiß annehmen, daß dem Landtage Vorlagen gemacht werden, durch welche die Mittel zu verschiedenen Eisenbahnbauten gefordert werden. Zu den Eisenbahnen, die das Ministerium vor Allem für nöthig erachtet, gehört die Strecke Thorn-Dt. Eylau-Bartenstein-Insterburg. Dieselbe eröffnet dem südlichen Theil der Provinz Preußen den Eisenbahn-Verkehr und bildet das Verbindungsglied zwischen der Insterburg-Tilsiter und der Thorn-Posener, sowie der weiter von dort nach Frankfurt a. O. projektirten Bahn. Die Regierung beabsichtigt, diesen Bau baldigst in Angriff zu nehmen. Man sieht hieraus, daß diejenigen Blätter in Unrecht sind, welche die Behauptung aufgestellt haben, daß die Regierung der Ausführung dieser Eisenbahnlinie entgegentreten werde.

Berlin, 1. November. Se. Majestät der König hat zur Errichtung von Arbeitsstellen in den durch den Nothstand besonders hart betroffenen Kreisen des Regierungsbezirks Königsberg eine größere Summe zur Disposition gestellt.

— Die „N. A. Z." bekomplimentirt die süddeutschen Regierungen ob ihrer so eben bekundeten Vertragstreue. Sie schreibt u. A.: „Die weise Mäßigung, welche die preußische Regierung nach den kriegerischen Ereignissen des letzten Jahres auch den Staaten Baiern und Würtemberg gegenüber beobachtet, hat in der, die formelle Verpflichtung weitüberschreitenden Verfassungstreue der süddeutschen Staaten ihre erste Frucht getragen. Und der Einfluß, den die Regierungen in dieser Beziehung geübt haben, oder, wenn man will, die völlige Klarheit, welche darüber bestand, daß die süddeutschen Regierungen in der vollen Freiheit des Augenblicks ebenso für die Verträge gesinnt waren, wie bei dem Abschluß derselben — diese Haltung der Regierungen hat nicht das Wenigste zur glücklichen Lösung der Frage beigetragen. Diese Haltung der süddeutschen Regierungen und die wesentlich durch dieselbe herbeigeführte glückliche Lösung der Vertragsfrage läßt uns mit froher Zuversicht der Zukunft entgegengehen, welche mit der definitiven Gestaltung des Verhältnisses zwischen Nord und Süd sich beschäftigen wird."

— Die „N. Pr. Ztg." schreibt: Der Kaiserlich russische Minister des Innern, Staatsrath Walueff, hat während seiner Anwesenheit in Berlin sich mit den sozialen Verhältnissen der preußischen Hauptstadt und mit der Organisation der Königlichen Polizeibehörde in Bezug auf deren Wirksamkeit als Sicherheits-, Exekutiv- und Verwaltungs-Polizei in eingehendster Weise beschäftigt und dabei überall ein so tiefes Verständniß für die darauf bezüglichen Anforderungen, Bedürfnisse und Einrichtungen erkennen lassen, daß wir uns von der Verwaltung des Herrn Ministers in seinem Ressort wichtige Erfolge versprechen. Da die „Revier-Polizei" oder die polizeiliche Verwaltung eines einzelnen Stadtbezirks erst im Detail die Thätigkeit und die vielseitigen Aufgaben der Polizei und die Grundlagen ihrer Wirksamkeit erkennen läßt, so widmete der Minister in der Begleitung des Herrn Polizei-Präsidenten den Dienstleistungen der Beamten in diesem engeren Kreise eine sehr sorgfältige Beobachtung und die Fragen, welche er an die Beamten richtete, ließen erkennen, daß der Minister mit den Aufgaben der Distrikts-Polizei einer europäischen Hauptstadt vollkommen vertraut war. Eine ganz besondere Beobachtung widmete der Minister der Einrichtung unseres Einwohner-Melde-Amts und des Instituts der Schutzmannschaft, von deren Funktionen derselbe sich durch eine Einsicht und Prüfung der Rapporte eine genaue Vorstellung zu verschaffen wußte. Wir erwähnen noch den Besuch der Telegraphenstation und des Polizeigewahrsams. Neben der Untersuchung und Beobachtung dieser praktischen Seite der polizeilichen Funktionen ist der Herr Minister auch bemüht gewesen, sich eine genaue Einsicht in die diskretionäre Gewalt der polizeilichen Exekutiv- und Strafgewalt zu verschaffen, das Verhältniß der Kommunalbehörden zur Polizei kennen zu lernen und das eigenthümliche Verhältniß des engern und weitern Polizeibezirks der Hauptstadt, welches für die polizeiliche Sicherheit Berlins und seiner Umgebung von so großer Wichtigkeit ist, sich zu vergegenwärtigen. Wie man uns sagt, hat der Herr Minister auf alle Personen, welche mit ihm in Verkehr traten, den Eindruck eines überlegenen Geistes gemacht, der durch allseitige Sachkenntniß unterstützt sich in neuen Verhältnissen rasch und glücklich zu orientiren vermochte.

— Man schreibt der „Sp. Ztg." aus Stuttgart unter dem 30. v. M.: Wenn diese Zielen in Ihren Händen sind, ist die Frage wegen Annahme des Schutz- und Trutzbündnisses in der Kammer schon entschieden. Die ultramontane, aristokratische und französische Partei hat die erdenklichsten Anstrengungen gemacht, um den Vertrag zu Fall zu bringen. Der „Beobachter" meint, indem er über die 19. Sitzung vom 29. v. M. referirt, daß gegenwärtig in Würtemberg ein Stück Weltgeschichte gemacht werde. Er beschwört zum hundertsten Male die Kammer, fest zu bleiben und den „festen Punkt zu gewinnen", von dem aus der Süden zu neuen Verhandlungen vorgehen könne. Aber die hiesigen Preußenfeinde handeln nicht allein, sie haben sich mit den baierischen in München verbunden und unterhalten einen innigen Brief- und Depeschen-Verkehr. Der baierische Staatsrath, Freiherr v. Stauffenberg, sendet täglich dem Präsidenten der Kammer, Grafen Rechberg, Berichte über die Lage der Sache. Die „Rothen" wie die „Schwarzen" suchen in den Dörfern und Städtchen die Bevölkerung mit dem Rufe der „Steuererhöhung" in Bewegung zu bringen. Sie finden bei Stiftungs-, Heiligen-, Kirchen-, Rosenkranz-Brüderschafts- und anderen Pflegern, bei den kirchlichen Fahnenträgern, den Kirchen- und Kapellenmeßnern, den Todtengräbern, kurz bei der ganzen ultramontanen Klerisei Unterstützung. Der Vertrag muß verworfen werden. „Schweif ringelt sich um Schweif und des Umarmens ist kein Ende". Der Nothschrei „die Kirche, der Glaube ist in Gefahr", tobt, durch die schwäbischen Gauen, die Hülfe Frankreichs zur Rettung der Religion wird in Aussicht gestellt — aber der Bauer schüttelt ungläubig den Kopf. Da wurden denn aus München schleunigst zwei Reichsräthe verschrieben, welche auch Mitglieder des hiesigen Ständehauses sind, um ihren Einfluß auf die Mitglieder der Kammer zur Geltung zu bringen. In der letzten Woche trafen zwei Mal von dort ein Hr. Fürst C. Loewenstein und Hr. Fürst Oettingen-Wallerstein, obwohl die erste Kammer noch nicht in Berathung getreten ist. Sie mußten aber mit der betrübenden Gewißheit wieder heimkehren, daß die Majorität in ihrer Neigung, dem Bündniß-Vertrage die Zustimmung zu ertheilen, nicht zu erschüttern ist. (Bekanntlich haben alle jene Machinationen, von denen in dem Schreiben die Rede ist, nichts geholfen. Red.)

— Das Königl. General-Post-Amt macht bekannt, daß bei dem Hof-Post-Amt in Berlin mit dem 25. November d. J. ein Marine-Post-Büreau in Wirksamkeit treten wird, welches die bei den einzelnen Landes-Postanstalten aufgelieferten Briefe an Personen der preußischen Schiffsbesatzungen im Auslande zu sammeln und demnächst nach dem Bestimmungsorte zu befördern hat. Für diese Briefe tritt ein ermäßigtes Porto ein.

— Der Staatsregierung liegen gegenwärtig zwei Projekte zum Bau eines neuen Abgeordnetenhauses vor. Wie uns mitgetheilt wird, sind diese beiden Projekte, zwischen denen eine Entscheidung der Staatsregierung noch nicht erfolgt ist, folgende: 1) an Stelle der ehemaligen Infanterie-Kaserne in der Kommandantenstraße den Bau zu errichten. Dies Projetzt würde den Vortheil haben, daß das Abgeordnetenhaus in die Nähe des Dönhofsplatzes und also nahe dem Mittelpunkt der Stadt käme. Der zweite Vorschlag ist, das Haus auf dem gegenwärtig noch unbebauten Terrain zwischen der Alsenbrücke und dem Königsplatze zu bauen; es wäre dies zwar von der Mitte der Stadt entfernter, indessen würde es durch die Lage möglich, dem Gebäude einen monumentalen Charakter zu geben.

Berlin, 1. November. Nach den getroffenen Vereinbarungen sollte am gestrigen Tage hierselbst die Auswechselung der Ratifikationen des Vertrages stattfinden, der am 8. Juli d. J. zwischen Preußen, Baiern, Würtemberg, Baden und Hessen über die Fortdauer des Zollvereins geschlossen worden. Während die Bevollmächtigten des norddeutschen Bundes, Badens und Hessens gestern hierselbst zusammengetreten waren, um diesen Austausch zu bewirken, kam die Mittheilung an, daß die Ratifikationen Baierns bereits von München abgesandt seien. Ebenso ging aus Stuttgart die Nachricht ein, daß der Vertrag vom 8. Juli die Zustimmung der würtembergischen Abgeordnetenkammer erhalten habe. Unter diesen Umständen einigte man sich dahin, von dem sofortigen Austausch der eingegangenen Ratifikationen Abstand zu nehmen und denselben auf einige Tage zu verschieben, um sodann die Auswechselung der Ratifikationen sämmtlicher betheiligten Regierungen in einem gemeinsamen Akte zu bewirken.

— Der Exdiktator Langiewicz zeigt in den Berner und Züricher Blättern an, daß er, von seiner Reiser nach Konstantinopel zurückgekehrt, zur weiteren Anwerbung freiwilliger Kosaken, Polizisten ꝛc. für den türkischen Dienst beauftragt sei.

— Man schreibt der „Zeidl. Corr." aus Lyon: Bismarck hat keine treueren Anhänger und Verehrer, als die Deutschen im Auslande. In Lyon wohnte ich einem von dort domizilirten Deutschen arrangirten Diner bei. Der erste Toast galt unserem Könige und dem Grafen Bismarck. Der Redner, ein geborener Frankfurter, sagte u. A.: Wir Deutschen im Auslande fühlen es alle Tage, was wir seit Königgrätz gewonnen. Unsere Stellung, früher eine gedrückte, kaum geduldete, ist jetzt eine angesehene, hoch geachtete, und nicht allein Ehre und Ansehen, sondern auch äußerer Vortheil hat sich für uns in gleichem Maße gemehrt. Der Toast fand in der Gesellschaft den begeistertsten Anklang, obschon dieselbe meist aus Süddeutschen bestand."

— Der „K. Z." schreibt man von hier: Nach Beendigung der Zollvereins-Krisis werden in Paris die Verhandlungen wegen Entlassung Mecklenburgs aus dem französischen Vertragsverhältnisse eifriger fortgesetzt. Man hofft, Frankreich werde die von ihm verlangte Konzession, die ihm jetzt eine Macht von siebenzig Millionen eröffnet, nicht mehr verweigern.

— Die telegraphische Meldung aus Wien, daß die Abberufung des preußischen Gesandten Baron v. Werther und die Ernennung des früheren Gesandten Grafen v. Redern an seine Stelle in Aussicht genommen sei, wird der „Krzztg." als durchaus irrthümlich bezeichnet.

Hadersleben, 1. November. Der deutsche Bürgerverein verherrlichte den Wahlsieg durch ein Bankett.

Dresden, 1. November. Die erste Sitzung der zweiten Kammer wird am 2. November Vormittags 10 Uhr abgehalten werden. — Die erste Kammer versammelt sich am Montag.

Stuttgart, 1. November. Die Kommission der Kammer der Standesherren hält morgen Sitzung zur Berathung der Zoll- und Allianzverträge. Die Referenten: Staatsrath v. Sigel und Präsident v. Linden, beantragen die Annahme, welche übrigens gesichert ist. Die Plenarsitzung der Herrenkammer zur Berathung und Beschlußfassung findet Montag statt.

München, 1. November. Die Rückkehr des Königs nach Hohenschwangau ist bis zur Hierherkunft des Kaisers von Oesterreich verschoben worden, den er persönlich zu empfangen gedenkt. — Man glaubt, der Kaiser werde sich hier mindestens einen Tag aufhalten.

Ausland.

Wien, 30. Oktober. Die Journale füllen einen großen Theil ihrer Spalten mit Berichten über den Aufenthalt des Kaisers in Paris, und man nimmt bald die Befriedigung wahr, welche die Organe der öffentlichen Meinung über die dem Monarchen zu Theil werdenden Ehren und Sympathiebezeugungen empfinden. Die guten Pariser mögen aber nicht glauben, daß sie mit ihren Zurufen und Hüteschwenken hier irgend welche Begeisterung für eine intimere Allianz mit Frankreich zu erwecken im Stande sind. Man acceptirt hier recht gerne die freundschaftlichen Versicherungen, welche Kaiser Franz Joseph am Montag im Hotel de Ville an Frankreich gerichtet hat, aber nur insoferne, als dieselben das Aufhören jedes feindlichen Gefühls gegen Frankreich manifestiren sollen; wer über ein gewissermaßen platonisches Verhältniß hinausginge, würde hier sehr rasch auf entschiedenen Widerspruch stoßen. Die neuerliche französische Intervention in Rom reicht hin, um den größten Theil unserer politischdenkenden Männer mißtrauisch gegen alle französischen Annäherungsversuche zu machen; denn so wenig Gönner auch die nationalen Strebungen der Italiener bei uns finden dürften, so ist jedoch jedenfalls die Zahl der für Rom Eingenommenen eine noch geringere.

Die Abwesenheit des Reichskanzlers ist die hauptsächlichste Veranlassung, daß von Seiten des Abgeordnetenhauses noch keine Interpellation über die Auffassung der Regierung in der römischen Frage eingebracht worden ist. Unsere Abgeordneten reiten mit einer gewissen Vorliebe das Steckenpferd der sogenannten hohen Politik, und der legislative Dualismus wird von manchen Mitgliedern des Unterhauses nur deshalb perhorrescirt, weil die zwei Hauptvertretungskörper nach vollständiger Konstituirung des Dualismus eigentlich kein Recht mehr haben werden, Interpellationen über auswärtige Politik einzubringen. Dies Gebiet, als unbezweifelt gemeinsame Reichsangelegenheit, wird dem kleinen Häuflein Auserlesener in den Delegationen überlassen bleiben müssen.

Wien, 31. Oktober. Nachrichten aus Paris zufolge soll die Begegnung des Kaisers Franz Joseph mit König Wilhelm in Oos in den französischen Regierungskreisen mit großer Genugthuung aufgenommen sein. Seit der Salzburger Zusammenkunft soll Napoleon jeden Gedanken an ein störendes Eingreifen in das deutsche Einigungswerk, so weit er überhaupt damals noch einen solchen hegte, aufgegeben haben und sein gutes Einvernehmen mit Oesterreich noch für politisch unzureichend halten, wenn es nicht durch eine Verständigung Oesterreichs mit Preußen vervollständigt ist. Desgleichen legt man in Paris der Nachricht, daß die Einwirkung der Königin Victoria für das Zustandekommen der Begegnung in Oos nicht ohne Bedeutung gewesen sei, große Wichtigkeit bei und kombinirt, auf diese britische Initiative fußend, ein Einvernehmen zwischen Preußen, Oesterreich, Frankreich und England

als Bürgschaft für den europäischen Frieden. Die Reise des Hrn. v. Beust nach London hängt mit dieser Kombination zusammen und seine Bemühungen beim Kabinet von St. James werden nur in soweit gegen Rußland gerichtet sein, als sie gegen die dieser Macht wenigstens zugeschriebenen Bestrebungen im Orient die konservativen Interessen des neuen Friedensbundes geltend machen sollen. Wahrscheinlich hat auf diese neue Befestigung der Fiedensstimmung im Kabinet der Tuilerien der italienische Konflikt eingewirkt. Napoleon sucht einen Rückhalt für seine Auseinandersetzung mit Italien, für den Nothfall eine günstige Stimmung des europäischen Raths, wenn er an ihn zur Herbeiführung eines Ausgleichs wegen der Sicherung der päpstlichen Souveränetät appellirt.

Wien, 1. November. Das Telegraphen-Korrespondenz-Bureau" meldet aus Carmons, daß nach dort eingegangenen, für zuverlässig geltenden Nachrichten heute ein französisches Regiment in Rom einmarschirt ist.

Triest, 1. November. Nachrichten der Levantepost:

Athen, 26. Oktober. Die Regierung hat der Deputirtenkammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, kraft dessen alle Staatsschuldner so lange der bürgerlichen Rechte verlustig erklärt werden, bis sie ihren Verpflichtungen gegen den Staat nachgekommen sind. General Hadgi Petros, Generaladjutant des Königs, ist zum Kommandanten der Nationalgarde ernannt.

Konstantinopel, 26. Oktober. Der Dampfer „Arkadion" wird im hiesigen Arsenale umgebaut und für den türkischen Dienst eingerichtet. Der Fürst von Serbien verlangt außer der Entlassung Mithat-Paschas noch die Auswerfung von Pensionen für die Hinterbliebenen der auf dem Dampfer „Germania" getödteten Personen. Der erste Kammerherr des Sultans, Djemil-Bey, ist mit einer Mission an den Großvezir nach Kandia abgegangen. Die Freiherren Franz und Leopold v. Rothschild sind von Sebastopol hier eingetroffen.

Luxemburg, 29. Oktober. Der Prinz Heinrich der Niederlande, Statthalter des Königs-Großherzogs, hat gestern die ordentliche Session der Stände eröffnet. In seiner Eröffnungsrede sagte der Prinz, daß er sich mit einem tiefen Gefühle von Genugthuung und Zutrauen zum ersten Male seit der Neutralitäts- und Unabhängigkeitserklärung des Landes inmitten der Stände befinde; er lobte die bemerkenswerthe Ordnung, mit welcher die Räumung der Festung durch die preußischen Truppen vollzogen ist, Dank der guten Disziplin der Truppen und der Besonnenheit der Bevölkerung. Er erwähnt der Schwierigkeiten, welche früher die gleichzeitige Vertretung der Interessen Luxemburgs und der Niederlande durch dasselbe diplomatische Korps hervorgerufen habe; den Ständen sollen Vorschläge gemacht werden über die Regulirung der diplomatischen Vertretung des Großherzogthums. Dann wird der Verbesserungen in den Postverhältnissen und dem Eisenbahnwesen gedacht. Den Ständen sollen die Projekte zur Entfestigung der Stadt vorgelegt werden, und diese Demolirungen rc. versprechen der arbeitenden Klasse Beschäftigung während des Winters. Die Finanzen des Großherzogthums sind in so günstigem Stande, daß sie für 1867 einen erheblichen Ueberschuß der Einnahmen voraussehen lassen. Die Auflösung des deutschen Bundes und der Vertrag von London haben eine Revision der Verfassung nothwendig und möglich gemacht in einem fortschrittlichen und liberalen Sinne; das Projekt dieser Revision solle vorgelegt werden, so wie Gesetz-Entwürfe über die Presse, das Vereinigungsrecht, die Wahlen, den öffentlichen Unterricht, den Kataster, die Steuern, das Bergwerkswesen und die Miliz. Der Prinz hofft, daß die Stände mit ihm alle Vortheile ihrer neuen politischen Selbstständigkeit zu schätzen wissen und sich bestreben werden, dieselbe mit allen Kräften zu befestigen und zu entwickeln.

Paris, 31. Oktober. (K. Z.) Die „Patrie" und die „France" sind nicht gut unterrichtet, wenn sie melden, das Tuilerieen-Kabinet habe gegen die Ueberschreitung der päpstlichen Grenzen Seitens der italienischen Armee protestirt. Wenigstens bis zur Stunde ist kein solcher Schritt geschehen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat sich damit begnügt, seine üble Laune auszudrücken. Die Erhaltung des Friedens hängt an einem Faden; wohl haben die italienischen Truppen den Auftrag, jede Begegnung mit den Franzosen zu vermeiden, wohl hat der Kaiser auch den französischen Offizieren ähnliche Befehle gegeben, aber wer will alle Zufälle, alle Ereignisse vorausberechnen, wer will die Zwischenfälle vorhersehen, welche die Gegenwart Garibaldi's und seiner Schaaren herbeiführen kann; denn daß der Freischaaren-General die Gelegenheit, mit den Franzosen handgemein zu werden, suchen wird, kann Niemand bezweifeln. Daß man im Vatikan den Krieg zwischen Frankreich und Italien von je her wünschte, liegt auf der Hand; jetzt aber hat der päpstliche Hof ein doppeltes Interesse daran, einen Zusammenstoß zwischen Frankreich und Italien herbeizuwünschen. Sie müssen nämlich wissen, daß Frankreich für den Fall eines Krieges mit Italien die ihm von Spanien zugesagte Hülfsarmee von 40,000 Mann angenommen hat. Ich stehe Ihnen für die Genauigkeit dieser Meldung ein. Die spanische Armee soll die Sendung haben, das Königreich Neapel zu nehmen, um in der Wiederherstellung der Bourbonen in Neapel eine geeignete Methode zur Schwächung und Mattsetzung Italiens anzuwenden (?) Die Königin von Spanien wird wenigstens nicht für den Roi de Prusse 40,000 Mann außer Land schicken und sich allen Zwischenfällen einer Revolution aussetzen wollen. Ich rede in allem Ernste! So weit ist Frankreich bereits auf der abschüssigen Bahn gekommen, daß der Kaiser Napoleon an die Eventualität einer Wiederherstellung der Bourbonen im Königreiche Neapel denkt. Die liberalen Parteien in Frankreich sind entsetzt, denn wer kann bestimmen, wo diese Politik enden wird?

— Das Einrücken der italienischen Armee ins Erbgut Petri ist das Ereigniß des Tages. Dieser Schritt erfolgte am Morgen des 30. Oktober und hat hier in den offiziellen und offiziösen Kreisen in hohem Grade verblüfft: man hatte einem Menabrea so etwas nicht zugetraut. Das Stichwort, welches Gesicht man aufsetzen solle, fehlt noch, der Abend-Moniteur schweigt, und die Auslassungen der Preß-Gensd'armerie gehen auseinander wie ein Schwarm Tauben, wenn ein Schuß fällt: die Einen lassen die Kriegserklärung an Italien als so gut wie ausgemacht erscheinen, die Anderen thun, als wenn der Schritt im Grunde auf hohe obrigkeitliche Bewilligung von hier aus geschehen sei, die Dritten, wie die France, sind plötzlich ungemein zahm geworden: „Es läßt sich über den neuen Zwischenfall noch nicht viel sagen, da derselbe augenscheinlich nicht in die Berechnungen unserer Politik gezogen worden war; das gemeinsame Handeln Frankreichs und Italiens im Kirchenstaate hätte sich vielleicht in Folge eines Einvernehmens zwischen beiden Regierungen erzielen lassen; es würde Frankreich mancherlei Schwierigkeiten verursacht haben, aber daß die italienische Armee in den Kirchenstaat rückt, weil die französische in Civita-Vecchia landete, das ist eine Verwicklung, die zu den vielen anderen hinzutritt, die Italien in dieser Angelegenheit herbeigeführt hat." Man sieht, die Interventionspartei in den Tuilerien, sie, die, um Italien zu demüthigen, das Alleineinmischen zum Haupthebel ihrer Ziele machte, wälzt alle Verantwortlichkeit auf den König Victor Emanuel, weil er, dem man keinen Entschluß zutraute, schließlich doch aus der Noth eine Tugend machen mußte. Man glaubte, Menabrea's so gewiß zu sein! Freilich, auch Rattazzi war „der Mann Frankreichs", nur Cialdini traute man vom ersten Tage an nicht, denn er war der Mann von Castelfidardo. Die französischen halboffiziellen Organe haben, als die Expedition auslief, feierlichst erklärt, Frankreich denke an keinen Krieg mit Italien; jetzt giebt dieses die Parole zurück: „Darum keine Feindschaft!" Und wie die Franzosen des „Prestidige" und der „Würde" wegen interveniren zu müssen vorgaben, so beruft sich Italien auf seine militärische Ehre. Der „France" wird nun von allem dem so wehmüthig, daß sie klagt: „Das alles ist so ungewöhnlich, so unheimlich, daß Alles auffordert, zu klaren, genauen, würdigen Lösungen der großen Interessen zu gelangen, die hier im Spiele sind." Darüber sind übrigens alle Regierungs-Organe einig, daß der italienische Einfall ein unvorhergesehenes Ereigniß sei und daß der Kaiser niemals laut oder leise in diese Wendung gewilligt habe.

— Die Kammern sind zum 18. November einberufen worden: es wird also richtig die gewöhnliche Session für 1868 um zwei Monate vor der üblichen Zeit eröffnet werden. Trotz dieses Vorgreifens haben die Kammern es wieder mit einer vollbrachten Thatsache zu thun, die den Steuerzahlenden schwere Opfer auferlegt, selbst wenn sie den raschesten Verlauf nimmt, die aber, wenn sie einen chronischen Charakter annehmen sollte, dem Handel und Wandel die furchtbarsten Niederlagen droht. Die Liberalen vom „Siècle" trösten sich heute freilich mit den Aussichten auf ein herzliches Einvernehmen mit Oesterreich, dessen Monarch im Stadthause dem Prinzip der Volkssouveränetät eine Huldigung gebracht habe, die bei dem Souverän, welcher kürzlich noch das göttliche Recht in seiner ganzen Reinheit vertreten habe, um so bemerkenswerther sei. Ein „vom absolutistischen und klerikalen Joche befreites, mit dem liberalen Ungarn geeintes Oesterreich könne eine hohe Mission erfüllen gegenüber der Eroberungsgier Rußlands und Preußens", orakelt das „Siécle" in demselben Artikel, in welchem es dem „Journal des Debats" beistimmt, „daß es wahr und wahrhaftig das Volk von Rom sei, welches das päpstliche Joch abzuschütteln versucht habe." Die Stimmung in Italien erscheint dem „Siècle" voll der schwersten Verwickelungen. „Die italienischen Blätter", bemerkt dieses Blatt, „sind voll von zahllosen Adressen, welche von Munizipalitäten votirt wurden, sämmtlich Rom als Hauptstadt verlangen und den König beschwören, sich der französischen Intervention zu widersetzen. In Turin faßte eine große Volksversammlung ähnliche Beschlüsse; diese Versammlung war nicht von gemeinen Wühlern, wie man glauben sollte, wenn man den „Moniteur" liest, berufen worden; in dieser Vesammlung „verblendeter Anarchisten" hatte der General und Abgeordnete Corse den Vorsitz und der Senator Benintendi saß unter den Ausschuß-Mitgliedern. Das Hülfscomité wurde sofort gebildet."

Paris, 31. Oktober. Gutem Vernehmen nach hat das hiesige Kabinet bereits Unterhandlungen mit den übrigen Großmächten angeknüpft, welche auf das Zustandekommen einer Konferenz zur Lösung der römischen Frage abzielen.

— Der Chef der preußischen Ausstellungs-Kommission, Geh. Finanzrath Herzog, wird sich in nächster Woche nach Berlin zurückbegeben; die Mitglieder des preußischen Bureaus bleiben zur Abwickelung der Geschäfte noch bis zum Dezember hier.

Paris, 1. November. Die „France" von diesem Abend enthält einen Artikel über das Einrücken der italinischen Truppen in das päpstliche Gebiet, worin sie sagt, daß die Ehre der Franzosen tief verwundet sei. — Der „Pays" ist der Ansicht, daß, falls die italienische Regierung nach der Vernichtung der Garibaldianer ihre Truppen nicht zurückzieht, man nicht langer berathschlagen, sondern handeln muß. — Die „Presse" theilt das Urtheil des „Pays". — Der „Temps" zieht aus dem Schweigen des „Moniteur" den Schluß, daß die Intervention Italiens, wenn auch nicht ausdrücklich gestattet, doch mindestens von Frankreich geduldet sei.

Florenz, 1. November. Es heißt, Garibaldi sei nach Monterotondo zurückgekehrt, um mit den Vertretern der italienischen Regierung eine Konferenz zu halten. — Mehrere Freunde Garibaldis haben denselben aufgesucht, um ihn von seinem Vorhaben, auf seinem Unternehmen zu bestehen und sich in einen Kampf mit den französischen Truppen einzulassen, abzubringen.

Rom, 30. Oktober. (via Florenz). Das 29. französische Linien-Regiment hielt diesen Abend seinen Einzug in Rom; es wurde von der Menge mit dumpfem Stillschweigen empfangen, ohne daß indeß offen feindselige Kundgebungen stattfanden. — Die Ausschiffung der französischen Truppen wird erst Sonnabend beendet sein und werden alsdann sofort die Operationen gegen die Garibaldianer ihren Anfang nehmen. Letztere sind jetzt 3 Meilen von Rom entfernt. — Der Befehlshaber der französischen Truppen, General de Failly, hat eine an die Römer gerichtete Proklamation erlassen. Der General sagt: Der Kaiser Napoleon sende wiederum ein Expeditions-Korps nach Rom, um den heiligen Vater und den päpstlichen Thron gegen bewaffnete Angriffe revolutionärer Banden zu schützen. Wir kommen nach Rom, eine moralische uneigennützige Mission zu erfüllen und werden Eure Person, Eure Gebräuche und Gesetze respektiren.

— Die päpstlichen Truppen verlassen Rom, um die geräumten Plätze wieder zu besetzen.

— Alle Berichte aus Rom stimmen darin überein, daß der Aufstandsversuch am 22. ein verfrühter war. Der Losbruch sollte erst erfolgen, wenn Garibaldi vor den Thoren der Stadt stand. Die Patrioten waren indeß durch die Kunde, daß die französische Intervention nun beschlossene Sache sei, so erbittert, daß sie nicht mehr zu halten waren. Die Sache soll übrigens weit ernster gewesen sein, als sie die offiziösen Berichte schildern.

London, 1. November. Frhr. v. Beust wird heute Abend hier erwartet und bis Sonntag hier bleiben.

London, 1. November. Die „anglo-amerikanische Korrespondenz" berichtet aus Südamerika vom 25. September: Die Revolution in Peru nimmt ernste Verhältnisse an, indem sie die Sympathien des Klerus und des Volkes hat.

Die Mexikaner wollen den Leichnam Maximilian's nicht ausliefern, und Admiral Tegethoff ist deshalb über Havre zurückgekehrt.

Madrid, 31. Oktober. Gerüchtweise verlautet, daß die Progressirten beschlossen haben, ihre revolutionäre Haltung aufzugeben. — Das bevorstehende Erscheinen eines Journals, welches die Interessen der spanischen Dynastie vertreten, aber gleichzeitig Fortschrtitts-Ideen befürworten wird, ist angekündigt.

Kopenhagen, 1. November. Die „Dansk Folketidende" theilt als Gerücht mit: Dänemark habe die westindischen Inseln an England verkauft.

Petersburg, 30. Oktober. Ueber die römische Frage bringt die letzte „Russ. Corresp." einen interessanten Leitartikel, aus welchem hervorgeht, wie man auch hier das gute Recht der Italiener auf Rom anerkennt und der französischen Einmischung durchaus abhold ist. Nirgends haben die geistlichen Autoritäten (Synod und Metropoliten) solches Ansehen, solche Macht, wie in Rußland und erhalten sich diese, ohne irgend eine Spur weltlicher Gewalt, warum — meint die „Russ. Corresp." — soll der Papst nicht eine gleiche Macht in der katholischen Christenheit ausüben können auch ohne durch Zuaven und fremde Söldlinge unterstützt zu werden? Die neuen Vorwürfe des päpstlichen Hofes über das durch die Sicherheit des Staates erforderte energische Auftreten gegen die zum Theil noch immer revolutionäre polnische Geistlichkeit, hat einen üblen Eindruck gemacht, zumal die Geldsammlungen zum Besten des Mörders Beresowski zeigen, wie die polnische Geistlichkeit in ihren revolutionären Bestrebungen unverbesserlich ist.

Pommern.

Stettin, 2. November. Nachdem bereits seit mehreren Tagen Rekruten-Transporte für die Garde und verschiedene auswärts garnisonirende pommersche Linien-Regimenter hier durchpassirt sind, treffen morgen die speziell für die hiesige Garnison bestimmten Ersatzmannschaften ein.

— Der Minister der Medizinal-Angelegenheiten hat unterm 12. d. Mts. eine Verfügung gegen die Geheim-Mittel erlassen, worin es heißt: „Nachdem die Bestrebungen, durch Anpreisung von an sich werthlosen Substanzen und Gemischen als Geheimmittel gegen eine Schaar von Krankheiten sich ein gesetzlich nicht erlaubtes Einkommen zu verschaffen, neuerdings fast eine bedenkliche Verbreitung gewonnen haben, finde ich mich veranlaßt, diesem Uebelstande, im Interesse des allgemeinen Gesundheitswohles, mit um so größerer Strenge entgegen zu treten. Es müssen daher nicht allein sämmtliche Gesuche um die Konzession zur Verbreitung und zum Verkaufe aller, auch der als unschädlich nachgewiesenen, Heilmittel durch Privatpersonen grundsätzlich zurückgewiesen, sondern auch diessällige in früheren Zeiten ausnahmsweise ertheilte Konzessionen mit dem Ausscheiden der Personen, welchen dieselben ertheilt waren, derart als erloschen angesehen werden, daß deren Uebertragung auf Andere nicht mehr gestattet wird."

— Gestern Abend gelang es der Polizei, in einem Lokale auf der Lastadie den bereits seit einiger Zeit gesuchten Bäckergesellen Mich. Fr. Sam. Fürstenau, einen gewerbsmäßigen Hazardspieler und Bauernfänger — Genossen des erst kürzlich inhaftirten Müllergesellen Rösler — zu verhaften. Bei demselben wurden noch 42 Thlr., von welcher Summe er 25 Thlr. in Papiergeld in einer Brieftasche bei sich führte, welche letztere er im Lokale unbemerkt bei Seite zu schaffen versuchte, vorgefunden und in Beschlag genommen.

— Der angebliche Kahnsteuermann Karl Scholz aus Berlin wurde gestern gegen Abend, unmittelbar nachdem er dem Kleiderhändler Schmidt am Bohlwerk ein Paar vor seinem Verkaufslokal ausgehängte Beinkleider gestohlen und damit flüchtig geworden war, ergriffen und verhaftet.

† **Naugard,** 1. November. Die Wahl der ministeriellen Kandidaten, der Herren v. d. Osten-Geiglitz und v. Diest-Daber scheint unzweifelhaft gesichert, da die überwiegende Mehrzahl der Wahlmänner konservativ sein soll.

Börsen-Berichte.

Stettin, 2. November. Witterung: bewölkt. Temperatur + 7° R. Wind: N.

An der Börse.

Weizen wenig verändert, per 2125 Pfd. loco nach Qual. 95—104 Rt. bez., 83—85pfd. gelber November 99 1/2 Rt. bez., Br. u. Gd., Frühjahr 96, 96 1/2 Rt. bez., Br. u. Gd.

Roggen etwas höher, pr. 2000 Pfd. loco 70—73 1/2 Rt. bez., Novbr. 72, 1/2, 1/4, 72 Rt. bez. u. Gd., November-Dezember 70 Rt. Br., 69 3/4 Gd., Frühjahr 69 1/2 Rt. Br. u. Gd.

Gerste loco per 1750 Pfd. 53—53 1/2 Rt. bez., schlesische 54 bis 55 Rt. bez.

Hafer loco pr. 1300 Pfd. 34 1/2—35 Rt. bez., Frühjahr 47—50pfd. 34 1/2 Rt. Gd.

Rüböl matter, loco 11 1/4 Rt. Br., November 11 1/6, 1/12, 1/8 Rt. bez. u. Br., November-Dezember und Dezember-Januar 11 1/6 Rt. Br., April-Mai 11 7/12 Rt. Gd., 11 2/3 Br,

Spiritus fester, loco ohne Faß 19 5/12, 1/2 Rt. bez., November 19, 19 1/8, 1/6, 1/4 Rt. bez., Frühjahr 20 1/4 Rt. Gd.

Angemeldet: 150 Wspl. Weizen, 1000 Ctr. Rüböl, 30,000 Qrt. Spiritus.

Regulirungspreise: Weizen 99 1/2, Roggen 72 1/4, Rüböl 11 1/12, Spiritus 19 1/8.

Landmarkt.

Weizen 96—102 Rt., Roggen 69—74 Rt., Gerste 50—54 Rt., Erbsen 66—73 Rt. per 25 Schffl., Hafer 31—36 Rt. per 26 Schffl., Stroh pr. Schock 6—8 Rt., Heu pr. Ctr. 15 bis 25 Sgr., Kartoffeln 20—26 Sgr.

Hamburg, 1. November. Getreidemarkt. Weizen loco fest gehalten, auf Termine unbelebt, niedriger, Frühjahrsnotirungen äußerst irregulär. Pr. November 5400 Pfd. netto 176 1/2 Bankothlr. Br., 176 Gd., November-Dezember 173 Br., 172 1/2 Gd. Roggen loco ruhig, Termine still. Pr. November 5000 Pfd. Brutto 129 1/2 Br., 129 Gd., pr. November-Dezember 128 Br., 127 Gd. Hafer behauptet. Spiritus ohne Kauflust zu 27 angeboten. Rüböl matter, loco 24 1/8, per Mai 25. Kaffee fest. Verkauft 3600 Sack Rio schwimmend. Zink fest, aber geschäftslos.

Amsterdam, 1. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen flau, per März 298, per Mai 297 1/2. Raps pr. November 72, pr. Mai 75. Rüböl pr. November-Dezember 39, pr. Mai 40 3/4.

London, 1. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Zufuhren seit vergangenem Montag: Weizen 39,400, Gerste 6810, Hafer 25,600 Quarters.

Weizen sehr ruhig bei unveränderten Preisen. Ladungen ruhiger. Gerste schleppend. Neuer Hafer williger. — Regenwetter.